Stand: 15.12.2025 18:18:12

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/9398

"Wertstoffverwertung wirksam mitgestalten - Stellung der Kommunen stärken!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/9398 vom 09.12.2015
2. Beschluss des Plenums 17/9511 vom 10.12.2015
3. Plenarprotokoll Nr. 62 vom 10.12.2015

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 09.12.2015 **Drucksache 17/9398**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt, Florian von Brunn, Herbert Woerlein, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr** und **Fraktion (SPD)**

Wertstoffverwertung wirksam mitgestalten – Stellung der Kommunen stärken!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bei der Länderbeteiligung zum Artikelgesetz „Gesetz zur Fortentwicklung der haushaltsnahen Getrennterfassung von wertstoffhaltigen Abfällen“ des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit auf eine Stärkung kommunaler Belange hinzuwirken. Handlungsgrundlage muss hierbei die nach dem Kreislaufwirtschaftsgesetz vorrangig anzustrebende Vermeidung von Abfällen sein.

Begründung:

Im Rahmen eines Artikelgesetzes „Gesetz zur Fortentwicklung der haushaltsnahen Getrennterfassung von wertstoffhaltigen Abfällen“ hat das Bundesumweltministerium auch den Arbeitsentwurf eines Wertstoffgesetzes vorgelegt. Der Entwurf enthält zweifelsohne ambitionierte, ökologische Forderungen. Neben dynamischen Recyclingquoten und an der Recyclingfähigkeit orientierten Lizenzentgelten hat man sich auf Bundesebene auch auf die Erweiterung der Produktverantwortung auf stoffgleiche Nichtverpackungen aus Kunststoffen und Metallen (SNVP) geeinigt.

Momentan werden lediglich 15 Prozent der Plastikverpackungen stofflich wiederverwertet. Rund 85 Prozent gehen in die thermische Verwertung. Durch Einführung des Wertstoffgesetzes sind vor allem wichtige Verbesserungen beim Recycling hochwertiger Plastikstoffe zu erwarten. Von Anfang an umstritten war hingegen die Frage, wem die Organisationsverantwortung für die Sammlung der Wertstoffe obliegen soll. Hier haben momentan vor allem die Kommunen ein Nachsehen. Dementsprechend bedarf es einer Konkretisierung der Rechte der Kommunen, denn ohne eine echte Mitbestimmung der Gemeinden an der Sammlungsgestaltung scheint die notwendige Verbesserung der Verbraucherfreundlichkeit kaum umsetzbar.

Auch bei den ökologischen Aspekten besteht ein gewisses Verbesserungspotenzial. So ist beispielsweise eine echte Lenkungswirkung der Lizenzgebühren, die für eine wirksame Weiterentwicklung der Produktverantwortung jedoch unabdingbar ist, nicht zu erkennen. Durch eine aktive Mitgestaltung Bayerns lässt sich eine verbrauchernahe, nachhaltige und effektive Wertstoffentsorgung unter Achtung des kommunalen Selbstverwaltungsrechts gewährleisten.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 10.12.2015 **Drucksache** 17/**9511**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt, Florian von Brunn, Herbert Woerlein, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 17/**9398**

Wertstoffverwertung wirksam mitgestalten – Stellung der Kommunen stärken!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm
Abg. Dr. Hans Jürgen Fahn
Abg. Dr. Otto Hünnerkopf
Abg. Harry Scheuenstuhl
Abg. Dr. Christian Magerl

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Wertstoffgesetz ablehnen (Drs. 17/9375)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Gudrun Brendel-Fischer u. a. und Fraktion (CSU)
Keine Verschlechterung durch das Wertstoffgesetz! (Drs. 17/9397)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt u. a. und Fraktion (SPD)
Wertstoffverwertung wirksam mitgestalten - Stellung der Kommunen stärken! (Drs. 17/9398)

Ich eröffne die Aussprache. Als Erstem darf ich Herrn Kollegen Dr. Fahn das Wort erteilen. Bitte schön.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Der Umweltausschuss des Bayerischen Landkreistages hat am 17.11.2015 in einer Resolution – ich habe sie auch dabei - zum geplanten Wertstoffgesetz klar und eindeutig Folgendes formuliert: Bereits im Juni 2015 forderten die kommunalen Spitzenverbände Nachbesserungen. Doch statt die öffentlichen Entsorger zu stärken, schränkt der Arbeitsentwurf des Bundesumweltministeriums die Rolle der Kommunen noch stärker ein. Die bayerischen Städte und Landkreise lehnen den Entwurf klar ab. - Sie sagen, in dieser Form soll das Wertstoffgesetz nicht in Kraft treten; denn es entstehe kein Kilogramm weniger Müll. Die Kommunen verlieren vielmehr massiv Erlöse für Altpapier und Altmetall. Die Bürgerinnen und Bürger bezahlen bis zu 20 % mehr Gebühren.Verpackungsmaterial und anderes Plastik wird zulasten der Umwelt ent-

sorgt und nicht sinnvoll recycelt. Die Kommunen – das ist uns besonders wichtig – verlieren fast alle Möglichkeiten, ein für die Bürger gut funktionierendes System zu gewährleisten. Ich nenne als Stichwort nur die Wertstoffhöfe. Das Fazit des Bayerischen Landkreistages: Wertstoffgesetz ab in die Tonne!

Diese Position unterstützen inzwischen auch die kommunalen Abfallwirtschaftsbetriebe, der Deutsche Landkreistag und einige Bundesländer, zum Beispiel Baden-Württemberg, sowie der Verband kommunaler Städtereinigungs- und Abfallwirtschaftsbetriebe. Wir FREIE WÄHLER unterstützen diese Position voll und ganz.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Unser Antrag ist ehrlich und konsequent. Er spricht die Realität an. Wir müssen auf die Große Koalition in Berlin keine Rücksicht nehmen. Wir können sagen, wie die Realität ist und wo die Schwächen liegen. Das ist ganz wichtig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Es gibt zwei nachgezogene Dringlichkeitsanträge. Einer kommt von der CSU. Darin heißt es: "Keine Verschlechterung durch das Wertstoffgesetz!" Das ist doch kein Ehrgeiz. Wir wollen eine Verbesserung erzielen und nicht nur die Verschlechterung verhindern. Das ist uns viel zu wenig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dieser Antrag ist eine unverbindliche Softversion dessen, was wir haben wollen. Sie müssten auf Ihrer Seite viel stärker auf den Tisch hauen, wenn es um die Sache gehen soll. Sie sagen, die kommunale Selbstverwaltung solle erhalten bleiben. Nein, das ist uns zu wenig. Für uns ist das ein absolutes Muss. Die kommunale Selbstverwaltung muss erhalten bleiben, die kommunale Selbstverwaltung muss gestärkt werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der nachgezogene Dringlichkeitsantrag der SPD ist etwas besser. Hinzufügen muss ich aber auch, dass konkrete Hinweise auf die tatsächlich vorhandenen Mängel fehlen. Wir wissen, dass Sie mit Ihrer Bundesumweltministerin ein bisschen sorgsamer umgehen müssen. Wir müssen auf die Bundesumweltministerin keine Rücksicht nehmen, Herr Kollege.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Vielleicht ist das besser so!)

Sie sprechen von "ambitionierten Forderungen" in dem Gesetz. Das sehen wir nicht so. Die Forderungen sind viel zu wenig und viel zu gering. Sie sprechen von einem "gewissen Verbesserungspotenzial". Das ist nach unserer Meinung insgesamt auch noch zu wenig. Wir sehen ein großes Verbesserungspotenzial, das wir nutzen müssen. Diese Forderung ist im Sinne der Verbraucher, im Sinne der Umwelt und im Sinne der Kommunen, meine Damen und Herren. Die Resolution des Landkreistages ist wichtig. Das ist unsere Position, die auch Sie vertreten müssen, wenn es Ihnen konkret um die Sache geht.

Natürlich weiß auch ich, dass die Beratung des Gesetzes im Bundestag und seinen Ausschüssen schon siebenmal verschoben worden ist. Das Gesetz war insgesamt gut gemeint. Mit einer neuen Wertstofftonne, der orangefarbenen Tonne, sollte eine bessere Verwertung ermöglicht werden. Das alles ist zwar gut gemeint. Wenn wir aber sehen, was bei dem insgesamt gut gemeinten Gesetz herauskommt, sind wir sehr enttäuscht. Wir verstehen, dass sich die Kommunen vehement dagegen wehren.

Kritisiert werden muss insbesondere, dass mit diesem Entwurf keine Müllvermeidung erzielt wird. Es geht lediglich darum, größere Mengen an Wertstoffen zu sammeln, mit denen man Geld verdienen kann. Die Müllvermeidung kommt praktisch gar nicht vor. Das Sammeln der Verpackungen darf nicht im Mittelpunkt des Gesetzes stehen. Zuallererst muss Abfall vermieden werden. Das ist auch im Sinne unserer Umwelt ganz wichtig. Wenn es ein neues Wertstoffgesetz gibt, muss auf jeden Fall die Abfallvermeidung darin enthalten sein.

Es geht auch um die Sammelziele. 25 Kilogramm Verkaufsverpackungen werden gefordert. Das sind 10 Kilogramm weniger, als es jetzt der Fall ist, nämlich 35 Kilogramm. Den Bock zum Gärtner macht der Gesetzentwurf, wenn die Kontrolle über die Lizenzierung von Verkaufsverpackungen einem Gremium übertragen werden soll, in dem der Handel und die Hersteller vertreten sind, in dem die Kommunen aber nur eine Gastrolle haben. Nein, das darf nicht sein. Die Kommunen müssen im Mittelpunkt solcher Verhandlungen stehen. Sie dürfen als Gäste nicht außen vor bleiben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dann noch zu den Müllgebühren: Finanziert werden soll das neue Wertstoffgesetz über eine Abgabe vergleichbar der bestehenden Abgabe auf Verkaufspackungen, die beim Kauf dann im Kaufpreis enthalten sein wird. Dann werden die Kosten wieder dem Verbraucher aufgebürdet. Das schreibt auch der Landkreistag. Wenn es Defizite gibt, wird der Verbraucher zum zweiten Mal zur Kasse gebeten. Das wollen wir nicht. Wir wollen, dass die Verbraucher entlastet, nicht belastet werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen stimmen wir FREIE WÄHLER mit dem Deutschen Städtetag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund darin überein, dass die Zuständigkeit der Kommunen für die Erfassung wertstoffhaltiger Abfälle eine Mindestbedingung für ein ökologisches und sozial verträgliches Konzept sein muss. Wir wollen nicht, dass die Gebühren steigen. Wir befürchten aber, dass es in Teilen zu einer Privatisierung von Wertstoffgewinnen und zu einer Sozialisierung von Abfallkosten kommt. Das kann nicht im Sinne der Bürger in Bayern sein. Deswegen muss dieses Gesetz verhindert werden. Ich glaube, das wollen wir eigentlich alle.

Sie müssen zwar auf Ihre Große Koalition ein bisschen Rücksicht nehmen, Sie müssen aber auch schauen, wie die Kommunen von diesem Gesetz betroffen sind. Wir müssen dieses Gesetz gemeinsam verhindern. Wir wollen und müssen die kommunale Selbstverwaltung erhalten. Deshalb bitte ich Sie mit Nachdruck, diesen Gesetzent-

wurf abzulehnen und auf eine Lösung zu drängen, die der kommunalen Daseinsvorsorge den Rücken stärkt. Der vorliegende Gesetzentwurf – darin sind wir mit den kommunalen Spitzenverbänden einer Meinung – muss abgelehnt werden. Wir sagen das, was auch der Landkreistag sagt: Wertstoffgesetz ab in die Tonne!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. - Bevor ich in der Rednerliste mit Herrn Dr. Hünnerkopf weiterfahre, darf ich mit großer Freude meinen Vorgänger im Amt, Herrn Präsidenten Alois Glück, begrüßen. Lieber Herr Präsident, lieber Alois Glück, ganz herzlich willkommen! Es freut uns ganz besonders, dass Sie in Begleitung der Bergwacht heute hier sind.

(Allgemeiner Beifall)

Deswegen können wir Ihnen stellvertretend für alle ehrenamtlichen Kräfte heute ein ganz herzliches Dankeschön für Ihre großartige ehrenamtliche Arbeit sagen, die Sie leisten. Das gilt für alle, die in Bayern hervorragend im Ehrenamt aufgestellt sind. Danke schön, dass Sie da sind. Ein schönes Weihnachtsfest und alles Gute für Sie!

(Allgemeiner Beifall)

Jetzt darf ich in der Aussprache weiterfahren. Herr Kollege Dr. Hünnerkopf, bitte.

Dr. Otto Hünnerkopf (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, Kolleginnen und Kollegen! Die FREIEN WÄHLER fordern in ihrem Dringlichkeitsantrag, den Arbeitsentwurf für ein Wertstoffgesetz im Rahmen der Länderbeteiligung abzulehnen. Sie haben es gehört: Es handelt sich um einen Arbeitsentwurf.

Dieser liegt seit dem 21. Oktober vor. Darin werden erste Gedanken zu Papier gebracht. Jeder, der weiß, wie sich Gesetze entwickeln, weiß auch, dass an einem Arbeitsentwurf ständig Ergänzungen bzw. Verbesserungen vorgenommen werden. Unterschiedliche Interessen werden aufgegriffen und eingewoben. Wir reden noch nicht

von einem Gesetzentwurf und schon gar nicht von einem Gesetz, sondern von einer ersten Arbeitsgrundlage.

Meine Damen und Herren, über das Thema Wertstoffgesetz wird seit vielen Jahren kontrovers diskutiert; insoweit haben Sie recht, Herr Kollege Fahn. Unter dieser Überschrift wird die gemeinsame Sammlung und Entsorgung von Verpackungen und sogenannten stoffgleichen Nichtverpackungen verstanden. Verbraucher sollen, so die Grundidee, zum Beispiel eine Bratpfanne und Verpackungsmaterial, zum Beispiel eine Konservendose, in dieselbe Tonne werfen dürfen. Das wird oft schon so gemacht und soll jetzt legalisiert werden. Die gemeinsame Wertstofferfassung und -entsorgung sollen auf eine langfristig tragfähige Grundlage gestellt werden.

In diesem Zusammenhang wird besonders über die künftige Organisation der Sammlung diskutiert. Verschiedene Kommunen und kommunale Verbände, auch die FREIEN WÄHLER, setzen sich für ein Modell ein, in dem die Verantwortung für die Erfassung aller Wertstoffe allein bei den Kommunen liegt. Dieser erste Arbeitsentwurf des Bundesumweltministeriums – er datiert vom 21. Oktober; ich habe es gesagt – ist unverbindlich und zeigt Ansätze auf, wie ein Wertstoffgesetz gestaltet werden könnte.

Anders, als die FREIEN WÄHLER in ihrem Antrag fordern, greift der Entwurf Regelungen der derzeit geltenden Verpackungsverordnung auf und entwickelt diese zu einem Wertstoffgesetz weiter. Damit geht das Bundesumweltministerium auf dem einmal beschrittenen Weg, die Produktverantwortung zu stärken, weiter. Hersteller und Vertreiber von Erzeugnissen sind verantwortlich für deren Entsorgung und können dabei auf die Unterstützung privatwirtschaftlich organisierter dualer Systeme zurückgreifen. Die Bedeutung der Produktverantwortung darf auch in diesem Zusammenhang nicht vernachlässigt werden.

Pro Einwohner und Jahr lassen sich unter Nutzung der Wertstofftonne Erzeugnisse aus Metall und Kunststoff bis zu einem Gewicht von 5 kg – nur damit Sie eine Vorstellung von der Größenordnung bekommen – recyceln. Das duale System hat in diesem

Zusammenhang bisher oft von "Fehlwürfen" der Endverbraucher gesprochen, da nicht nur Verpackungen, sondern auch Haushaltsabfälle aus Kunststoff und Metall in die entsprechende Tonne geworfen wurden. Künftig soll dies regulär möglich sein und in das duale System eingebracht werden können. Über die Frage, ob dieses Anliegen vom Grundsatz verwerflich ist, mag sich jeder seine Gedanken machen.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Das bewährt sich doch heute schon nicht!)

– Wir sehen das etwas anders. – Daneben sind weitere Änderungen vorgesehen, zum Beispiel die Erhöhung der Verwertungsquoten im Interesse der Umwelt, der Nachhaltigkeit und des Ressourcenschutzes.

Lieber Kollege Fahn, die Vermeidung ist immer ein sehr wichtiger Aspekt; das ist klar. Aber beim Wertstoffgesetz geht es um das, was anfällt, und um dessen Wiederverwertung. Die Intention ist, dies noch zu optimieren, das heißt, die schon hohe Recycling- bzw. Wiederverwertungsquote weiter zu verbessern. Wir können auch hier immer wieder feststellen: Das Bessere ist der Feind des Guten.

Der Arbeitsentwurf ist als interessante, spannende Diskussionsgrundlage geeignet. Den Grundgedanken tragen wir mit. Eine verfrühte Festlegung hielten wir für deplatziert und wollen sie deshalb vermeiden.

Die Staatsregierung wird auf Arbeitsebene die bayerischen Belange in die Diskussion einbringen; davon können Sie ausgehen. Das ist schon im Gange und wird weiterhin mit der nötigen Sorgfalt betrieben. Die berechtigten Belange von Kommunen und Bürgern werden dabei selbstverständlich berücksichtigt. Das ist in der Vergangenheit so gewesen und wird auch in Zukunft so sein.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): "Berücksichtigt" ist zu wenig! Die müssen im Zentrum stehen!)

– Ich bitte Sie! Sie glauben doch nicht im Ernst, die Bayerische Staatsregierung werde die Interessen unserer Kommunen übersehen.

Die Staatsregierung wird sich vehement dafür einsetzen, dass beispielsweise die bayerischen Wertstoffhöfe, wie wir sie kennen, als bewährtes Element dieses Systems erhalten bleiben. Das steht außer Frage.

Einen Angriff auf die kommunale Daseinsvorsorge können wir in dem Arbeitsentwurf wirklich nicht erkennen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die kommunalen Spitzenverbände erkennen das sehr wohl!)

Insoweit werden von den FREIEN WÄHLERN unnötige Ängste geschürt; das muss man einfach so sagen.

Einige wesentliche Punkte will ich noch ansprechen. Eine bürgerfreundliche Wertstoffentsorgung ist von wesentlicher Bedeutung für die Akzeptanz der Kreislaufwirtschaft. Daher ist es unser Anliegen, dass sie aufrechterhalten und intensiviert wird. Eine faire Zusammenarbeit zwischen den Kommunen und den privaten Entsorgern aus dem Mittelstand ist in diesem Zusammenhang elementar. Aber nicht nur die Entsorgung, sondern auch die Erfassung von Wertstoffen muss flächendeckend gesichert sein. Neue Impulse zur Abfallvermeidung und für ein hochwertiges Recycling – Herr Fahn, Sie haben es angesprochen – sind sicherlich wünschenswert, aber momentan nicht im Fokus.

Meine Damen und Herren, der vorliegende Arbeitsentwurf – ich kann mich wiederholen – enthält unverbindliche Anregungen und die Punkte, die zu regeln sein werden. In diesem Stadium kann sich die Staatsregierung nicht festlegen. Es gilt weiterhin, die unterschiedlichen Interessen auszutarieren und zu schauen, wie man zu einem Ergebnis kommt, mit dem beide Seiten leben können. Das ist Inhalt unseres Antrags; das wüssten Sie, wenn Sie ihn genau gelesen hätten. Schon aufgrund dieser Formulierung ist unser Antrag zustimmungsfähig.

Die Tonalität bzw. der Duktus des Antrags der FREIEN WÄHLER lassen uns keine andere Wahl, als diesen abzulehnen.

An die SPD gerichtet möchte ich sagen: Der Nachzieher war vielleicht nötig, weil das Thema hier behandelt wird.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Die CSU hat doch auch einen Antrag nachgezogen! Scheinheilig!)

Eine einfachere Möglichkeit wäre es, über den kleinen Dienstweg Einfluss zu nehmen, wenn es für notwendig erachtet wird.

Im Übrigen ist anzumerken, dass die in dem Antrag enthaltene Behauptung, nur 15 % der Plastikverpackungen würden stofflich recycelt, falsch ist. Mittlerweile hat sich der Anteil auf das Dreifache erhöht. Das soll nicht heißen, dass er nicht weiter gesteigert werden könnte. Mir scheint der Antrag der SPD mit heißer Nadel gestrickt worden zu sein. Es ist auch nicht zu erkennen, dass in dem Antrag die Interessen der anderen Partner des Entsorgungssystems berücksichtigt werden. Daher müssen wir auch diesen Antrag ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön. – Herr Kollege Scheuenstuhl, bitte.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Kurz vor Weihnachten als vorletzter Redner! Ich habe ja so viel Redezeit; so viel habe ich noch nie auf dem Schirm gehabt. Das verdanke ich Ihnen, Herr Ministerpräsident. Ich bedanke mich herzlich dafür.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Geschätzter Herr Kollege Hünnerkopf – das darf ich an dieser Stelle ruhig einmal sagen. Wir haben selbstverständlich einen Nachzieher gebracht, weil die Ablehnung, die von den FREIEN WÄHLERN beschrieben worden ist, mit uns natürlich so nicht zu machen ist. Die Koalitionspartner haben sich auf gemeinsame Eck-

punkte für ein sogenanntes Wertstoffgesetz verständigt, um das im Koalitionsvertrag festgelegte Ziel einer nachhaltigen Stoffstromwirtschaft weiter voranzutreiben und um endlich einen rechtlichen Rahmen zur Einführung einer bundeseinheitlichen Wertstofferfassung für Verpackungen und andere Wertstoffe – das ist das Besondere – zu schaffen. Zweifelsohne enthält der Arbeitsentwurf – ich darf "Arbeitsentwurf" betonen – des Gesetzes zur Fortentwicklung der haushaltsnahen Getrennterfassung von wertstoffhaltigen Abfällen ambitionierte ökologische Forderungen, die ich an dieser Stelle besonders loben muss. Von den FREIEN WÄHLERN wird dies aber nur in einem Nebensatz erwähnt.

Neben einer dynamischen Recyclingquote und an der Recyclingfähigkeit orientierten Lizenzentgelten hat man sich auf Bundesebene auch auf die Erweiterung der Produktverantwortung auf stoffgleiche Nichtverpackungen aus Kunststoff und Metall geeinigt. Diesen Begriff muss man erklären. Was eine Verpackung ist, kann sich jeder vorstellen. Alles andere sind Nichtverpackungen, wenn sie denn stoffgleich, insbesondere aus Metall und Kunststoff, aber ohne elektronische Bauteile sind.

Momentan werden lediglich 15 % der Kunststoffpackungen stofflich verwertet. Herr Kollege Hünnerkopf, wenn man das thermische Recycling – so heißt es – mit einrechnet, sind es natürlich mehr. Wir wollen aber die stoffliche Verwertung vorantreiben, nicht die thermische Verwertung. Ich glaube daher, dass es wichtig ist, dass durch die Einführung des dringend notwendigen Wertstoffgesetzes vor allem wichtige Verbesserungen beim Recycling hochwertiger Kunststoffe zu erwarten sind. Es gibt ambitionierte Ziele, wie bereits erwähnt. 80 % sollen erfasst und auch recycelt werden. Für mich als Chemiker ist das ein Ziel, das wir hoffentlich erreichen werden – ich drücke mich jetzt vorsichtig aus. Ziele sind aber dazu da, damit man nach vorne blickt. Ich habe früher in meiner Tätigkeit als Umweltschutzingenieur am Landratsamt Ansbach viele Gesetze, Verordnungen und Grenzwerte gesehen, zu denen man gesagt hat: Wie werden wir sie einhalten? Die Industrie hat es dann doch geschafft.

Wir sind uns natürlich mit den Kolleginnen und Kollegen in Berlin einig, dass es bei den Verbesserungen vorangehen muss. Worüber man allerdings diskutieren kann, ist die Frage, wem die Organisationsverantwortung obliegen soll. Wir wollen eine echte Mitbestimmungsmöglichkeit für Kommunen an der Sammlungsgestaltung, da die kommunale Ebene auf diesem Gebiet sehr viel Erfahrung vorweisen kann und, wenn gewünscht, auch regionale Firmen einbinden kann. – Das vielleicht als kleiner Hinweis zum Nachzieher der CSU.

Selbstverständlich soll die in Teilbereichen hervorragend laufende Zusammenarbeit zwischen Privatwirtschaft und Kommunen weitergeführt werden. Wenn Firmen gut sind, glaube ich nicht, dass diese befürchten müssen, nicht mehr dabei zu sein.

Wir können natürlich nicht akzeptieren, dass die Kommunen bei Schlechtleistung eines Unternehmens lediglich ein Rügerecht haben. Das können wir nicht hinnehmen. Die Kommunen müssen schon das Heft in der Hand haben, statt sich durch irgendwelche langen Klagewege kämpfen zu müssen. Die Verantwortung muss also ganz klar bei den Kommunen liegen.

Ich glaube, auch bei den ökologischen Aspekten können wir noch Verbesserungen erreichen, wobei ich zu den 80 % schon etwas gesagt habe.

(Zuruf des Abgeordneten Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER))

– Kollege Fahn, Sie lehnen das ja komplett ab. Sie müssen vorsichtig sein. Über die Details haben wir schon kurz diskutiert. Sie lehnen dieses Anliegen aber pauschal ab. Dazu muss ich sagen: Das ist nicht unser Stil. Wir sagen: Endlich passiert etwas; endlich kommen Ministerin Hendricks und Florian Pronold und greifen das Problem auf. Die jahrelange Hängepartie wird hoffentlich beendet.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD))

– Danke schön, lieber Paul, auch um diese Zeit kurz vor Weihnachten. Wir wollen die ökologischen Aspekte in den Vordergrund rücken – das habe ich bereits genannt. Wir

wollen eine echte Lenkungswirkung der Lizenzgebühr. Vorgesehen ist: Wenn jemand ein Produkt hat, das man nicht recyceln kann, wird ihm gesagt: Wenn du es nicht schaffst, bereits in der Produktion auf das Recycling und auf die Wiederverwertung einzugehen, dann musst du mehr Geld dafür bezahlen. Das ist der richtige Weg. Mit Sicherheit gibt es hier aber noch Diskussionsmöglichkeiten und Diskussionsbedarf. Die Große Koalition wird natürlich darüber diskutieren.

Wichtiger wäre für uns alle natürlich, dass die Abfallvermeidung im Vordergrund steht, dass man einen Stoff so oft wie möglich verwendet und verwertet. Ich glaube, wir brauchen nicht darüber zu streiten, dass es technische Grenzen gibt. Die Vermeidung muss aber im Vordergrund stehen. Daher sollten wir gemeinsam nochmals einen Versuch unternehmen. Allerdings frage ich mich, ob das Gesetz tatsächlich entsprechend gestaltet werden kann. Die Abfallvermeidung wäre aber ganz besonders wichtig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben heute den Kommunalpolitikern viel Vertrauen geschenkt. Danken möchte ich deshalb an dieser Stelle auch einmal allen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, egal ob sie jetzt 6, 12, 18 oder 24 Jahre lang diesen wichtigen, aber auch sehr harten Job gemacht haben. Ich durfte 18 Jahre Bürgermeister sein. Ich kenne keinen Bürgermeisterkollegen, der sich nicht mit ganzem Herzen für seine Gemeinde eingesetzt hat. Die gestrige Bemerkung von Minister Söder war einfach nicht notwendig. Jeder aktive und ehemalige Amtsträger, egal welcher Partei, hat in diesem Hohen Haus entsprechenden Respekt verdient. Dazu gehört auch Paul Wengert, der 18 Jahre lang Bürgermeister war und sich mit Sicherheit für seine Kommune genauso stark engagiert hat wie alle anderen auch.

(Beifall bei der SPD)

Ich bitte um Zustimmung zum Gesetzentwurf bzw. zu unserem Nachzieher.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. - Jetzt Herr Kollege Magerl. Bitte.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Nachdem wir das Thema zweifelsohne noch ausführlicher und öfter im Ausschuss haben werden, schenke ich Ihnen vorweihnachtlich etwas, was Sie nicht haben, nämlich Zeit, und mache es sehr kurz.

Wir werden allen drei Anträgen zustimmen. Ich meine auch, dass der Entwurf so verkorkst ist, dass er zurückgezogen werden sollte. Dieses Ansinnen wird aber wohl keine Mehrheit finden. Deswegen stimmen wir den anderen Anträgen zu, mit denen versucht wird, wenigstens Verbesserungen zu erreichen.

Ich sehe mir das alles an. Abfallvermeidung ist zwar nicht originär der Punkt, aber sie ist etwas, für das mein Herz schlägt, zu dem ich sage, dass wir die Anstrengungen noch deutlich verstärken müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Was ein entsprechendes Gesetz auf diesem Gebiet leisten müsste – das jetzige Gesetz tut dies leider nicht –, sind Verbesserungen für die Umwelt, sind deutlich höhere Recyclingquoten, ist ein effizientes System und ist vor allen Dingen ein bürgerinnen- und bürgerfreundliches System. Das müsste aus meiner Sicht das Gesetz leisten. Der jetzige Entwurf leistet dies nicht. Deshalb lehnen wir ihn auch ab.

Der jetzige Entwurf verschärft die bestehenden Probleme. Er macht die Müllentsorgung nicht ökologischer und soll im Prinzip ein schlechteres System – Stichwort DSD – zementieren. Das kann es nicht sein.

Bei einem neuen Gesetz müssen wir darauf achten voranzukommen, statt einen Rückschritt zu machen, wie ich hier befürchten muss.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön, Herr Kollege Magerl. – Jetzt noch einmal Herr Kollege Fahn.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Herr Hünnerkopf, Sie haben den Ton unseres Antrags angesprochen. Herr Hünnerkopf, ich muss Ihnen sagen: Das ist der Ton des Landkreistages. Ich habe dessen Resolution sogar hier.

Präsidentin Barbara Stamm: Nach der Geschäftsordnung ist das, was Sie jetzt machen, eigentlich gar nicht erlaubt.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): – Gut. - Das ist der Ton des Bayerischen Landkreistages. Dies ist ganz wichtig. Es handelt sich zwar um einen Entwurf; dieser wird aber schon intensiv in den Gremien diskutiert. Wir müssen rechtzeitig dagegen vorgehen. Uns ist es zu wenig, dass Sie sagen, der Entwurf sei spannend und werde von Ihnen mitgetragen, wir würden unnötig Ängste schüren. Ich muss darüber lachen. Der Städtetag, der Landkreistag und kommunale Abfallbetriebe sagen und kritisieren genau dies.Schüren sie also auch Ängste? Schüren die Kommunen auch Ängste? Das kann ich nicht begreifen, Herr Hünnerkopf. Was Sie hier sagen, ist auch sachlich falsch. Es besteht, wie gesagt, die Gefahr, dass die Kommunen ihre Einflussmöglichkeit verlieren.

Ich bin seit 25 Jahren im Umweltausschuss des Kreistages Miltenberg. In der nächsten Kreistagssitzung am 17. Dezember steht dieses Thema auf der Tagesordnung. Am Schluss der Einladung steht: Wir bitten Sie, die vom Bayerischen Landkreistag ausgearbeitete Resolution dem Kreistag vorzulegen und zuzustimmen. Mit dieser Resolution sollen wir uns an unsere Bundes- und Landtagsabgeordneten wenden. Das werden wir im Landkreis Miltenberg am 17. Dezember beschließen. Ich habe die Anregung schon aufgenommen. Deshalb haben wir heute diesen Antrag eingebracht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: War das jetzt ein Antrag, oder was war das? Soll namentlich abgestimmt werden, nachdem von der Bedeutung dieser Anträge gesprochen wurde?

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Über unseren ja!)

– Namentliche Abstimmung zu einem bedeutenden Thema. Kolleginnen und Kollegen, da machen die Schlussworte heute große Freude, kann ich nur sagen.

Jetzt habe ich keine Wortmeldungen mehr. Dann unterbreche ich die Sitzung für 15 Minuten, weil ich keine Freude habe, jetzt die Schlussworte zu sprechen. Ich unterbreche also für 15 Minuten und rufe dann zur namentlichen Abstimmung auf.

(Unterbrechung von 13.31 bis 13.46 Uhr)

Ich bitte, die Plätze einzunehmen, damit ich in der Sitzung fortfahren kann. - Ich kann nur abstimmen lassen, wenn Sie alle Ihre Plätze wieder eingenommen haben.

Da wir die Anträge in der Abstimmung wieder trennen, lasse ich zunächst über den Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/9375 abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – FREIE WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – SPD-Fraktion. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich lasse nun über den Dringlichkeitsantrag der SPD auf Drucksache 17/9398 abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD-Fraktion, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – CSU-Fraktion und FREIE WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Antrag ebenfalls abgelehnt.

Wir kommen zur namentlichen Abstimmung zum Antrag der CSU auf Drucksache 17/9397. Die Urnen stehen bereit. Ist das Hohe Haus mit einer Verkürzung der Zeit auf drei Minuten einverstanden?

(Zurufe: Ja!)

Ich höre keinen Widerspruch. Ich bitte, nun die Stimmkarten abzugeben.

(Namentliche Abstimmung von 13.47 bis 13.50 Uhr)

Die Zeit ist um. Ich beende die Abstimmung und bitte darum, die Stimmkarten draußen auszuzählen. Das Ergebnis geben wir noch bekannt.

Jetzt möchte ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der SPD betreffend "Salmonellen-Skandal: Rückhaltlose Aufklärung und Durchsetzung des Verbraucherschutzrechts auch in Bayern!", Drucksache 17/9374, bekannt geben. Mit Ja haben 62 gestimmt. Mit Nein haben 88 gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Kolleginnen und Kollegen, die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/9376 bis 17/9380 und 17/9399 bis 17/9401 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen. Damit hat das auch seine Richtigkeit.

Kolleginnen und Kollegen, damit wären wir am Ende der Sitzung. Es war für uns alle ein arbeitsreiches Jahr. Im Rahmen der heutigen wichtigen und grundsätzlichen Debatten haben wir deutlich machen können, dass ein lebendiges Parlament gut und richtig ist. Angesichts der Vorweihnachtszeit hätte ich mir jedoch gewünscht, dass vor einigen Formulierungen zunächst überlegt wird, ob sie nicht verletzen könnten. Das kann vielleicht schnell verziehen, aber nicht vergessen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, erlauben Sie mir bitte noch ein Wort von meiner Seite. Eine Parlamentspräsidentin lebt mit den Parlamentsdebatten und ihren Inhalten. Die heutige Debatte hat mich in eine Zeit zurückgeführt, in der wir auch sehr intensiv und emotional miteinander diskutiert haben. Ich nenne nur das Stichwort BSE. Kollege Professor Gantzer hat mich damals kurz vor der Weihnachtspause ins Kloster geschickt. Daran habe ich mich heute erinnert, weil er diesen Zwischenruf wieder gemacht hat. Ich kann nur darum bitten, sich im Rahmen der Ausschussarbeit miteinan-

der auf den Weg zu machen. Die Aufklärung sind wir den Menschen in Bayern schuldig. Das ist auch für das Vertrauen in unsere Arbeit wichtig.

Heute hat Frau Staatsministerin gesagt, dass ein neues Veterinärkonzept auf den Weg gebracht werden soll. Ich mache sonst keine Buchempfehlungen. Ich möchte den Kolleginnen und Kollegen des Ausschusses jedoch mein Buch empfehlen, das ich im Jahre 2001 bei meinem Rücktritt in Anwesenheit der Presse überreicht habe. Ich habe gesagt: Das ist die Neuaufstellung des Veterinärbereichs in Bayern. Vielleicht kann man in das Buch noch einmal hineinschauen.

(Allgemeine Heiterkeit)

Nicht alles wird aktuell sein. Ich könnte mir jedoch vorstellen, dass man das eine oder andere, was ich damals an Umstrukturierungsmaßnahmen vorgeschlagen habe, für die Zukunft berücksichtigt.

(Allgemeiner Beifall)

(...)

Präsidentin Barbara Stamm: Ich darf noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der CSU auf Drucksache 17/9397 betreffend "Keine Verschlechterung durch das Wertstoffgesetz!" bekannt geben: Mit Ja haben 120 Kolleginnen und Kollegen gestimmt, mit Nein 16. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 10.12.2015 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Gudrun Brendel-Fischer u. a. und Fraktion CSU; Keine Verschlechterung durch das Wertstoffgesetz! (Drucksache 17/9397)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst			
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter		X	
Bauer Volker	X		
Baumgärtner Jürgen	X		
Prof. Dr. **Bausback** Winfried	X		
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric	X		
Dr. **Bernhard** Otmar	X		
Biedefeld Susann			
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold			
Brannekämper Robert	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brückner Michael	X		
von **Brunn** Florian	X		
Brunner Helmut	X		
Celina Kerstin	X		
Dettenhöfer Petra			
Dorow Alex	X		
Dünkel Norbert			
Dr. **Dürr** Sepp			
Eck Gerhard	X		
Dr. **Eiling-Hütig** Ute	X		
Eisenreich Georg			
Fackler Wolfgang	X		
Dr. **Fahn** Hans Jürgen		X	
Fehlner Martina			
Felbinger Günther		X	
Flierl Alexander	X		
Dr. **Förster** Linus	X		
Freller Karl	X		
Füracker Albert	X		
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith	X		
Gibis Max	X		
Glauber Thorsten			
Dr. **Goppel** Thomas	X		
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva		X	
Güll Martin	X		
Güller Harald			
Guttenberger Petra	X		
Haderthauer Christine			
Häusler Johann		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.	X		
Herold Hans			
Dr. **Herrmann** Florian	X		
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold		X	
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes	X		
Hofmann Michael	X		
Holetschek Klaus	X		
Dr. **Hopp** Gerhard	X		
Huber Erwin	X		
Dr. **Huber** Marcel	X		
Dr. **Huber** Martin	X		
Huber Thomas	X		
Dr. **Hünnerkopf** Otto	X		
Huml Melanie	X		
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela	X		
Karl Annette			
Kirchner Sandro			
Knoblauch Günther	X		
König Alexander	X		
Kohnen Natascha			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd	X		
Dr. **Kränzlein** Herbert			
Kraus Nikolaus		X	
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich			
Freiherr von **Lerchenfeld** Ludwig			
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas	X		
Dr. **Magerl** Christian	X		
Dr. **Merk** Beate			
Meyer Peter		X	
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia	X		
Müller Ruth			
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander		X	
Neumeyer Martin			
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael		X	
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. **Rabenstein** Christoph	X		
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Dr. **Reichhart** Hans	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. **Rieger** Franz			
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans	X		
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard			
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Sauter Alfred	X		
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz			
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten	X		
Dr. **Schwartz** Harald			
Seehofer Horst	X		
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl			
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Dr. **Söder** Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig	X		
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen	X		
Dr. **Strohmayr** Simone			
Stümpfig Martin			
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter			
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Unterländer Joachim	X		
Dr. **Vetter** Karl			
Vogel Steffen	X		
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. **Wengert** Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta		X	
Wild Margit			
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno		X	
Gesamtsumme	120	16	0